



FOTO: HANS-PETER LEITENBERGER

HEIDENHEIMER ZEITUNG

www.hz.de

MITTWOCH 6. April 2022 · 2.10 €

Palmsonntag

Dörte Maria Packeiser auf John Lennons Spuren. (Seite 23)

Stadt & Region



Wenn das Geld plötzlich wertlos ist

Ukrainische Flüchtlinge, die Bargeld in der Landeswährung Hrywnja mitgebracht haben, können es auch bei der Heidenheimer Volksbank nicht in Euro umtauschen.

Heidenheim Seite 10



Neben Kühlschränken jetzt auch Waschmaschinen

Der Standort der BSH ist Teil eines Pilotprojekts, bei dem instand gesetzte Produkte in Österreich an den Mann gebracht werden.

Giengen Seite 12

Vorwurf der Fahrlässigkeit steht im Raum

Boheim. Der Umbau der Lindenbergerschule, die als Außenstelle der Pistoriusschule genutzt wird, wird teurer als geplant.

Herbrechtingen Seite 13

Ein Hektar Photovoltaik: Gemeinderat stimmt zu

Ballmertshofen. Die Landeswasserversorgung will bei Ballmertshofen eine Solaranlage betreiben. Genutzt werden soll der Strom für den Eigenbedarf.

Kreis und Region Seite 15



FOTO: EIBNER

Gerne Gast in großen Arenen

Den FCH erwarten beim Spiel bei Schalke 04 über 50.000 Zuschauer. Vor großer Kulisse lief es für die Schmidt-Elf bisher meist gut.

Regionalsport Seite 21

Service Seite 11

Roman Seite 23

Familienanzeigen Seite 27

Fernsehprogramm Seite 28

B 3596

Nr. 80/173. Jahrgang



4 190359 602102



Einkaufen ist deutlich teurer geworden

Wer weiß denn noch, was eine Brezel vor sechs Jahren gekostet hat oder was man für einen Liter Spirit im Januar 2016 zahlen musste? Sicherlich, vieles ist deutlich teurer geworden in der Zwi-

schenzeit. Wie sich die Preise von 20 ausgewählten Produkten von 2016 bis heute entwickelt haben, zeigt der Heidenheimer Warenkorb, den es ab jetzt zum Ende jedes Quartals wieder geben wird.

Aus dem wird deutlich, dass sich die Preise der untersuchten Produkte in Summe um mehr als 20 Prozent erhöht haben. Mehr auf Seite 9.

Foto: stock.adobe.com/monticellio/lootgraf

Kommentar

Claus Liesegang zur Ausweisung von Diplomaten



Kanäle offen halten

Die Kriegsverbrechen von Butscha dürfen nicht straflos bleiben. Wo die Täter zu finden sind, dazu verdichten sich die Beweise. Bald werden genug Interviews mit Augenzeugen geführt, Bilder, Satellitenaufnahmen und Videos ausgewertet, Tote forensisch untersucht, dazu Leichen exhumiert worden sein. Dann ist am Licht, wer verantwortlich ist für die Taten, von denen man sich nicht vorstellen mochte, dass Menschen sie begehen könnten. Bis dahin wäre es aber gut, wenn nicht nur Emotionen regierten, so sehr diese angesichts der Bilder verständlich sind. Auch bei Bundesregierung und Außenministerin. Es ist albern, als Reaktion auf das Massaker 40 russische Botschaftsangehörige auszuweisen, weil sie angeblich Spione sind. Wären sie es wirklich, warum hat Frau Baerbock sie nicht längst nach Hause geschickt? Sind sie es nicht, dann ist es ein falsches Signal. Denn die Diplomatie gewährleistet den Dialog, der gerade zwischen Feinden wichtig ist. Wichtig für Frieden. 40 ausgewiesene Diplomaten hier führen zu 40 Ausweisungen aus Russland. Das sind 80 Menschen weniger, die miteinander sprechen. Auf diese Weise sprechen irgendwann nur noch Waffen.

Mehrheit im Südwesten für Verlängerung der Atomkraft

BaWü-Check Die Menschen in Baden-Württemberg befürworten einen Kurswechsel in der Energiepolitik – und würden dafür auch neben Windrädern wohnen. Von David Nau

Angesichts des russischen Krieges in der Ukraine wollen die Menschen in Baden-Württemberg so schnell wie möglich unabhängig von russischen Energieimporten werden. Das geht aus der neuesten Ausgabe des BaWü-Check hervor, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen. Demnach halten nur noch sechs Prozent der Befragten die Energieversorgung für gesichert.



Eine Mehrheit der Befragten fordert deswegen eine Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Neckarwestheim II. 57 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass das Kernkraftwerk im Landkreis Heilbronn nicht wie geplant Ende des Jahres vom Netz gehen, sondern weiterbetrieben werden sollte. Für eine Abschaltung sprechen sich nur 28 Prozent aus.

Zugleich unterstützt die Mehrheit der Befragten den ras-

chen Ausbau der erneuerbaren Energien. 60 Prozent sprechen sich etwa für einen beschleunigten Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg aus – und zwar über Parteigrenzen hinweg. Nur die Anhänger der AfD sind gegen den schnellen Ausbau der Windkraft.

Grundsätzlich unterstützen die Menschen seit langem mehrheitlich den Ausbau der Windkraft – gegen den Bau von Windrädern vor der eigenen Haustür gab es allerdings häufig starken Protest. Diese Stimmung scheint sich nun zu wandeln. Ak-

tuell würden sich 58 Prozent der Befragten nicht daran stören, wenn ein Windrad in der unmittelbaren Nachbarschaft gebaut werden würde. Nur knapp jeder Vierte wäre gegen ein Windrad vor der eigenen Haustür.

Unterstützung erhält die Regierung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) auch für ihre Pläne, Genehmigungsverfahren für neue Windräder zu verkürzen und dafür Einspruchsmöglichkeiten einzuschränken. 55 Prozent halten das für einen guten Vorschlag. **Südwestumschau**

Einfuhrverbote für Kohle und Wodka

EU Die Kommissionspräsidentin schlägt weitere Sanktionen gegen Russland vor.

Brüssel. Wegen der Kriegsgräuel in der Ukraine will die Europäische Union erstmals Sanktionen im Energiebereich gegen Russland verhängen: Die EU-Kommission schlug ein „Einfuhrverbot für Kohle aus Russland im Wert von vier Milliarden Euro jährlich“ vor, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel erklärte. Die Einfuhr von Holz, Ze-

ment und alkoholischen Getränken wie Wodka soll ebenso untersagt werden wie auch die Ausfuhr von bestimmten Halbleitern, Computern und anderer Ausrüstung im Wert von zehn Milliarden Euro aus der EU nach Russland. Zudem sollen russische und von Russland betriebene Schiffe nicht mehr Häfen in der EU anlaufen dürfen. Die bereits verhängten Sanktio-

nen gegen russische Banken sollen verschärft werden. Von der Leyen begründete die Vorschläge mit den „grauenvollen Bildern aus Butscha und anderen Gebieten“.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte zuvor in Berlin gesagt, mit den neuen Sanktionen wolle die EU den „Komplettausstieg“ aus der Energie-Abhängigkeit von Russ-

land einleiten, „beginnend bei Kohle, dann Öl“. Ein sofortiger Stopp der Gas-Importe würde nach Ansicht von Ministerpräsident Winfried Kretschmann keine Gräueltaten wie die in der ukrainischen Stadt Butscha verhindern: „Ich kann jetzt nicht erkennen, was das Begehen solcher Verbrechen mit Gaslieferungen zu tun hat.“ **dpa Themen des Tages Seite 3**

Evolution im Rausch

Neben der Affenbande, der Affenschande und dem, pardon, Affenarsch, müssen unsere Verwandten auch für den Ausdruck: „Der hat ja einen Affen sitzen“ herhalten. Gemeint ist ein Zustand fortgeschrittener Trunkenheit. „Wo willst Du hin mit einem solchen Affen, Du wirst den Weg nach Hause nicht mehr schaffen“, heißt es im Gedicht „Der Hase im Rausch“. Und da wären wir beim eigentlichen Thema: saufende Tiere. US-Primatenforscherinnen fanden heraus, dass Schwarzhandklammeraffen absichtlich alkoholhaltige

Früchte konsumieren. Damit wird die „Drunken Monkey“-Hypothese bestätigt, nach der unsere äffischen Vorfahren seit Millionen Jahren dem Alkohol zugetan sind. Was bedeuten könnte, dass wir Menschen für unseren Alkoholkonsum nur bedingt verantwortlich sind. Tatsächlich saufen im Tierreich nicht nur Affen, sondern auch Elefanten, Vögel, Igel oder Insekten. Im malaysischen Regenwald lebt sogar ein Spitzhörnchen, das sich hauptsächlich

von einer Art Palmbier ernährt. Zeigt das nicht die evolutionäre Bedeutung des Rauschmittelgebrauchs? Doch Vorsicht! Dass bezechte Tiere anderen Tieren überlegen sind, ist eher unwahrscheinlich. Tiger, Löwen und Krokodile sehen in der Regel erschreckend nüchtern aus. Es könnte sein, dass betrunkene Tiere vorwiegend Futter sind. Aber: Werden sie von den nüchternen Raubtieren trotz oder wegen ihres Alkoholgehaltes gefressen? **André Bochow**



FOTO: DANIEL BOCKWOLDT/DPA

Ukraine-Krieg Diplomaten unerwünscht

Berlin. Nach Deutschland haben als Reaktion auf die mutmaßlichen Kriegsverbrechen im ukrainischen Butscha auch andere europäische Länder russische Diplomaten ausgewiesen: unter anderem verwiesen Italien (30), Spanien (25), Dänemark (15), Schweden (3) diplomatisches Personal des Landes. Am Montag hatte Deutschland 40 Russen zu „unerwünschten Personen“ erklärt. Russland kündigte eine harte Reaktion an. **dpa Kommentar**

Das Lesergewinnspiel Ihrer Tageszeitung

Kreuz & Quer

Jeden Tag 500 € gewinnen!

Haben Sie schon mitgespielt?